

Irakische Kommunistische Partei **Bericht von der Sitzung des ZK**

Das ZK der Irakischen Kommunistischen Partei hielt am Samstag, 13. Oktober 2007 seine planmäßige Vollsitzung ab. Die Sitzung begann mit einem Gedenken an die vor kurzem verstorbene Genossin Dr. Naziha al-Dulaimy, deren Leben voll und ganz den Belangen des Volkes, des Heimatlandes und der Frauen gewidmet war und ebenso der Kommunistischen Partei, der sie in ihrer Jugend beigetreten war und deren Vorstellungen und Zielen sie sich immer verpflichtet fühlte. Die Mitglieder des ZK hielten eine Schweigeminute für das Gedenken an Dr. Dulaimy und alle anderen GenossInnen und UnterstützerInnen, die die Partei in den letzten Monaten verloren hatte, und ebenso für die Opfer von Terrorismus und Gewalt.

Die Versammlung diskutierte die Entwicklungen im Land in den letzten fünf Monaten seit dem 8. Parteitag am 10. bis 13. Mai. Thema waren auch die Situation der Partei und die Arbeit der Parteiführung, des Beirats, der Ausschüsse und aller Parteiorganisationen.

Arbeit und Auftreten der Partei

Zur Weiterentwicklung der Parteiarbeit diskutierte die Versammlung ausführlich über die Tätigkeit der Führung und der Gliederungen unter den schwierigen und komplexen Bedingungen, die die Menschen unseres Landes ertragen müssen.

Die Versammlung machte Verbesserungsvorschläge zu vielen Tätigkeitsbereichen und beschloss eine Reihe von Richtlinien und Maßnahmen für den Aufbau effektiver Organisationen, die sich an den Bedürfnissen der BürgerInnen orientieren sollen, um deren Rechte und Interessen entschlossen und wirksam zu verteidigen.

Betont wurde die Notwendigkeit für die Partei, die Impulse aus dem 8. Parteitag und der positiven Reaktion der Bevölkerung und politischer Kreise auf ihr Nationales Demokratisches Programm weiterzuentwickeln, um die konstruktive Rolle der Partei und ihren Einfluss auf den laufenden politischen Prozess in der Gegenwart und in der Zukunft zu stärken.

Politische Entwicklungen und Aussichten

Unser Land durchlebt eine Phase der politischen Entwicklung mit sehr vielschichtigen Problemen, in denen viele innere und äußere Faktoren gleichzeitig wirksam werden.

Im Licht des zunehmend härteren Kampfes um die Zukunft des Irak, um die Form des Staates und das wirtschaftliche und soziale System ist die Situation noch immer für viele Möglichkeiten offen und abhängig von der Fähigkeit der politischen Parteien und Fraktionen und der Masse des Volkes, alle Kräfte zusammenzufassen, um das Land aus der Krise zu holen und auf den Weg zur Bildung eines demokratischen Systems, des Wiederaufbaus und der Entwicklung zu bringen.

In Hinblick auf die neuen Erscheinungsformen der Krise stellte die Versammlung eine Verschärfung der politischen und Medienkampagnen gegen den politischen Prozess fest, die zum Ziel haben, das Land an den Ausgangspunkt zurückwerfen und damit dem Entwurf eines geeinten, demokratischen, föderalen Irak entgegenwirken.

Ebenso wurde die fortdauernde Unfähigkeit der Regierung herausgestellt, fundamentale Punkte ihres eigenen Programms umzusetzen. Die Ursachen liegen vor allem in der Art und Weise, wie die Regierung gebildet wurde und im Quotensystem, das seine Auswirkungen zeigt.

Anhaltende Korruption in der Regierung, der große Prestigeverlust des Staates und die permanente Sicherheitsmiserie sind für die Bevölkerung weiterhin ein großes Problem, obwohl sich die Sicherheitslage generell etwas gebessert hat. Zudem geht der Plan des nationalen Dialogs nur sehr zögernd vorwärts, staatliche Leistungen verschlechtern sich weiterhin, die Preise steigen und Einwirkungen von außen auf die inneren Angelegenheiten des Irak finden weiterhin statt.

Der politische Prozess und die Notwendigkeit von Reformen

Das ZK schloss die Debatte damit, dass der politische Prozess großen Problemen und Zerrüttungserscheinungen gegenübersteht und dass die Arbeit der Regierung und ihrer Einrichtungen kritisch überprüft werden müssen, um die derzeitige politische Entwicklung zu korrigieren und wieder in die richtigen Bahnen zu bringen.

Auf der Basis der Zustimmung zum politischen Prozess und um seinen Erfolg abzusichern, ist es sehr wichtig, dass die Reform innerhalb und durch die aktive Teilnahme an den Entscheidungen erfolgt. Außerdem müssen alle Kräfte

und Energien zusammengebracht werden, um Druck auszuüben, dass dies so schnell wie möglich geschieht.

Die Versammlung wies auch auf die Bewegung hin, die seit neuerer Zeit auf der politischen Bühne bei allen Fraktionen zu beobachten ist. Offensichtlich wurden der Ernst der Lage und die schwerwiegenden Probleme erkannt, die sich aus der derzeitigen Sackgasse und dem Zustand der Spaltung und Auflösung ergeben und die letztlich die Aussichten auf einen Erfolg des politischen Prozesses zunichte machen können. Ein Ergebnis war, dass eine Beratung zwischen den Vorsitzenden des Präsidialrats und dem Ministerpräsidenten anberaumt wurde, während die Fraktionen von „Sadristen“, „Accord“ und „Dialog“ sich bereit erklärten, an den Sitzungen des Parlaments teilzunehmen und Kontakte zwischen einflussreichen Parteien in Regierung und Parlament wurden weiter verbessert und ausgebaut, um ein grundlegendes gemeinsames Gerüst zu erstellen.

Verbesserung der Sicherheitslage

Diese Verbesserungen kommen zu einer Zeit, in der die Sicherheitslage, vor allem in Bagdad, spürbare Verbesserungen zeigt. Dieser Fortschritt ist jedoch relativ, da seine Dauer und Absicherung davon abhängen, ob es gelingen wird, das Auf und Ab auf der politischen Ebene zu überwinden, Initiativen für die nationale Aussöhnung zu unterstützen und alle politischen Parteien in den Prozess der politischen Entscheidungen einzubeziehen, verbunden mit der Forderung, ebenso die Verantwortung für deren Durchsetzung zu übernehmen.

Ähnliche Verbesserungen der Sicherheitslage sind in der Provinz Anbar und bis zu einem gewissen Grad in der Provinz Diyala zu beobachten. In Folge der Ereignisse in Kerbala suspendierten die Sadristen die Mahdi-Miliz für sechs Monate. Dieser Schritt wurde sehr positiv bewertet und weckte Hoffnungen, die Regierung werde den militärischen Aktivitäten ein Ende setzen und den Besitz von Waffen auf staatliche Einrichtungen begrenzen.

Zudem gab es eine neue Entwicklung bei den Stämmen und den sogenannten „Erwecker“-Gruppen, die bewaffnet wurden, um Al-Qaida und ihren Unterstützern entgegenzutreten. Während diese Entwicklung in Anbar hinsichtlich der Al-Qaida und allgemeinen Sicherheitslage spürbare Erfolge zeigte, würde eine Ausweitung auf die anderen Regionen das Risiko bergen, dass sich daraus Milizen bilden und konfessionelle Spannungen wieder aufgeheizt würden, wenn sie nicht besonders im Auge behalten und nur unter der Kontrolle der Regierung und ihrer Behörden organisiert und bewaffnet werden.

Die Versammlung des ZK betonte, dass unsere Partei die beiden Schriften „Nationale Prinzipien für die Einigung der politischen Kräfte und notwendige Arbeitsschritte“ (Vier-Parteien-Abkommen¹) und der „Stellungnahme der politischen Führung“ (Fünf-Parteien-Abkommen²) positiv bewertet. Trotz früher geäußelter Kritik aus unserer Partei werden diese beiden Papiere als ein Schritt zur Überwindung der Spaltung und Zersplitterung betrachtet und als ein ernsthafter Schritt vorwärts zur Reformierung des politischen Prozesses, weg von der Politik der Marginalisierung, Ausgrenzung und dem konfessionellen Quotensystem.

Das Nationale Demokratische Programm

Das ZK betonte, dass das höherstehende nationale Interesse und die Tragweite der Herausforderungen, denen das Land gegenübersteht, zur Sicherung des politischen Prozesses eine umfassende nationale Initiative erfordern, um einen Dialog zwischen allen Kräften zu eröffnen und damit die breiteste politische Allianz auf der Grundlage eines nationalen demokratischen Programms zu erreichen.

Eine solche Allianz würde Kräfte mobilisieren und eine breite politische und im Volk verankerte Basis für eine Regierung schaffen, wie sie gebraucht wird, eine Regierung, die wirklich die nationale Einheit vertritt. Eine solche Regierung wäre in der Lage, unser Land aus dem Engpass und der Krise herauszuführen, die Kräfte des Volkes zu mobilisieren, seine Vorstellungen und Hoffnungen für einen geeinten und vollkommen souveränen, demokratischen, föderalen Irak umzusetzen, dessen Bevölkerung ein Leben in Sicherheit, Stabilität, Freiheit und Würde führt.

Die Versammlung bekräftigte in diesem Zusammenhang, dass der Nationale Demokratische Plan, den unsere Partei im vergangenen August verabschiedete, das Programm sei, das in seinen Zielen und Vorgehensweisen den oben angesprochenen Vorstellungen entspricht. Es sei wichtig, verstärkt daran zu arbeiten, dass sein Inhalt in der Öffentlichkeit weiter verbreitet wird und dass dieser Plan von der breiten Mehrheit in der Bevölkerung unterstützt und übernommen wird.

¹ bestehend aus der Al-Dawr-Partei (geführt von Al-Maliki), dem Hohen Islamischen Rat und den beiden kurdischen Parteien KDP und PUK

² bestehend aus den o.g. Parteien und der Irakischen Islamischen Partei

Politik der USA

Wenn man die Politik der USA nach den Berichten beurteilt, die General Petraeus und der amerikanische Botschafter Crocker Mitte September dem Kongress in Washington vorlegten, gab es hier keine bedeutenden Veränderungen. Deshalb ist es dringend erforderlich, dass einige Kräfte im Irak ihre Vorstellungen aufgeben, die auf Wunschdenken und taktischen Manövern basieren, und stattdessen zu einer realistischen Politik zurückkehren, die den übergeordneten Interessen des Volkes und des Landes entspricht.

Gemeinsame und verantwortungsvolle Arbeit ist nötig, um das Land aus der Krise zu holen, die allgemeine Lage zu verbessern und den Weg zum Aufbau eines neuen Irak zu bereiten, eines demokratischen, föderalen, sicheren und vollständig souveränen Irak.

Ablehnung der „Biden Resolution“

Das ZK bekräftigte die Ablehnung der Partei gegenüber der vom US-Senat Ende September 2007 verabschiedeten (nicht bindenden) Resolution, die die Bildung von drei Einheiten im Irak vorsieht, getrennt durch Konfession und ethnische Zugehörigkeit. Gleichzeitig bestätigte die Versammlung die Haltung, die die Partei bereits in den frühen 1990er Jahren einnahm, in Zusammenhang mit den Entwicklungen in Irakisch Kurdistan nach dem Aufstand im März 1991, dass das föderale System die demokratische Lösung für die kurdische Frage im Irak darstellt.

Die Errichtung eines föderalen Systems im Irak ist grundsätzlich zu befürworten, unter der Bedingung, dass es auf der Grundlage der freien Entscheidung der Bevölkerung erfolgt und in Übereinstimmung mit der Verfassung und der Gesetzgebung der Bundesländer.

Außerdem sprach sich die Versammlung für die Verteilung der Macht zwischen der Hauptstadt und den Provinzen aus, ebenso wie für eine verstärkte Dezentralisierung im gesamten Irak und innerhalb der Regionen.

Herausbildung von Bundesländern auf nicht-konfessioneller Grundlage

Die Versammlung erklärte, dass bei der Herausbildung der neuen Bundesländer sichergestellt werden muss, dass es eine wirkliche Grundlage dafür gibt, dass es den Interessen der Region entspricht, und dass es aufgrund des freien Willens der betroffenen Bevölkerung, ohne konfessionelle Interessen und ohne Zwang und Druck geschieht.

Wichtig ist dabei vor allem, dass dafür landesweite Zustimmung erfolgt; die Durchführung muss eng verbunden sein mit der Förderung der nationalen Aussöhnung, mit einer Beruhigung der Sicherheitslage und der Wiederherstellung der Stabilität.

Auf diese Weise wird die Herausbildung föderaler Regionen im Gerüst eines geeinten demokratischen Irak ein Faktor der Stabilisierung und Beruhigung sein und wird eine nationale Einheit schaffen und stärken, die auf freiem gemeinsamem Willen gründet.

Die Versammlung stellte heraus, dass der Föderalismus, den wir befürworten und anstreben, entsprechend der Irakischen Verfassung, dem Willen des Irakischen Volkes entspricht und seinem Recht, seine Staatsform und die Form seiner Regierung selbst zu wählen. Föderalismus darf nicht durch vorübergehende Umstände oder eine Agenda diktiert werden, die nicht auf dem Willen des Volkes basieren. Die Rechte des Volkes sollen sichergestellt werden, unabhängig von der unterschiedlichen ethnischen, religiösen und konfessionellen Zugehörigkeit. In dieser Bedeutung hat Föderalismus mit dem Inhalt der vom US-Senat verabschiedeten Resolution nichts zu tun.

Beziehungen zwischen dem Irak und der Türkei

In Hinblick auf die letzten politischen Entwicklungen befasste sich die Versammlung mit der Frage der irakisch-türkischen Beziehungen und der Rolle der PKK. Sie betonte die Notwendigkeit, diese Beziehungen auf der Basis gemeinsamer Interessen aufzubauen und auf den Prinzipien der Nicht-Einmischung in interne Angelegenheiten, des Respekts vor der Souveränität und territorialen Integrität jedes Landes und dem Grundsatz, dass es widerrechtlich ist, die internen Probleme des einen Landes auf Kosten des anderen zu lösen. Statt zur Gewalt zu greifen und mit militärischer Invasion zu drohen, was nur noch mehr Schwierigkeiten und Agonie auslöst, müssen friedlicher Dialog und diplomatische Mittel genutzt werden, um die aufkommenden Schwierigkeiten zu bewältigen.

Die Probleme der PKK und der türkischen Regierung sollten auf türkischem Territorium gelöst werden. Auch die Frage der kurdischen Bevölkerung in der Türkei sollte auf friedlichen und demokratische Weise behandelt werden, so dass sichergestellt ist, dass die kurdischen BürgerInnen die Rechte erhalten, die durch internationale Normen, Gesetze und Vereinbarungen garantiert werden.

Sicherheit

Bei der Debatte über die Entwicklung der Sicherheitslage wiederholte das ZK die früheren Beschlüsse der Partei. Es ist problematisch, den Fortschritt auf diesem Gebiet allein auf der Basis militärischer Aktionen erreichen zu wollen, trotz der Notwendigkeit solcher Mittel. Notwendig ist vielmehr die Anwendung einer Reihe von Maßnahmen, die Verbindung von militärischen, sicherheitstechnischen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Maßnahmen unter Einbeziehung der Medien.

Die Versammlung wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die bereits erzielten Erfolge im Bereich der Sicherheit schwankend bleiben, wenn sie nicht zusätzlich in anderen Bereichen, vor allem auf der politischen Ebene, untermauert werden.

Ausländische Militärpräsenz

In Hinblick auf ausländische Militärpräsenz wiederholte die Versammlung die Position der Partei, dass die Planung des Rückzugs in engem Zusammenhang mit dem Abschließen des Ausbaus der irakischen bewaffneten Kräfte und Sicherheitseinrichtungen erfolgen muss. Dieser Ausbau muss so erfolgen, dass sich die Angehörigen der Sicherheitskräfte als irakische Staatsbürger verstehen und den Dienst als Beruf im Interesse des ganzen Landes; konfessionelle Quoten und „Ausgleich von Machtverhältnissen“ dürfen dabei keine Rolle spielen.

Die Versammlung betonte die Notwendigkeit, dass die Regierung das Ausmaß der Bemühungen um ihre souveränen Rechte verstärken muss.

Bevor Entscheidungen getroffen werden, muss die Regierung dem Parlament das Ergebnis der bilateralen Sicherheitsvereinbarungen und Absprachen mit den USA über die Beendigung des Mandats für die Anwesenheit der „Multinationalen Streitkräfte“ der UN-Resolution 1546 vorlegen, auf die man sich in der letzten Zeit in einigen Erklärungen bezogen hatte.

Die Versammlung fasste die Haltung der Partei zusammen: Ablehnung jeglicher dauerhafter Präsenz ausländischer Militärkräfte auf dem Gebiet unseres Landes. Alle Maßnahmen, die in diesem Zusammenhang diskutiert werden, müssen auf der Grundlage stehen, dass vollständige Souveränität erreicht wird und dass die Voraussetzungen geschaffen werden müssen, dass die volle Verantwortung für die Sicherheit ausschließlich bei den irakischen Sicherheitskräften liegt, und dass ihre Kapazitäten in bezug auf Organisation, Ausrüstung und Leistung ausgebaut werden, so dass sie in der Lage sind, das Land und seine Unabhängigkeit zu verteidigen, um den Rückzug ausländischer Truppen aus dem Land zu beschleunigen.

Die Partei und die Irakische Liste

Die Versammlung befasste sich mit der Mitwirkung der Partei in der „Irakischen Nationalen Liste“ auf der Grundlage ihres Programms, das kommunale Abspaltungen ablehnt, das Prinzip der nationalen Einheit fordert, die Errichtung eines demokratischen Systems befürwortet und Gewalt und Terrorismus ablehnt.

Betont wurde, dass die Mitarbeit der Partei in der Liste vor allem damit zusammenhängt, in welchem Maß die anderen sich weiterhin an das gemeinsam erarbeitete Programm halten. Das bedeutet auch, dass die beteiligten Parteien die Arbeitsweise und Struktur der Liste gemeinsam und vereinbarungsgemäß tragen, mit einer demokratischen und auf festen Regeln basierenden Entwicklung gemeinsamer Positionen.

Gewerkschaften und Organisationsfreiheit

Die Debatte bei der Versammlung drehte sich auch die Frage der Handlungsmöglichkeiten der Gewerkschaften im Licht der letzten Proteste von ArbeiterInnen und Berufsverbänden, vor allem bei den Ölarbeitern in Basra, gegen die Schikanen und den Druck offizieller Stellen, die sich auf das Gesetz Nr. 150 (1987) des diktatorischen Regimes berufen. Dieses Gesetz machte ArbeiterInnen zu Beschäftigten im Staatsdienst und verbot damit ihren Zusammen-

schluss in Organisationen. Das ZK betonte, dass es wichtig sei, die Proteste der Gewerkschaften zu unterstützen, damit sie ihre legitime und gesetzlich verankerte Funktion erfüllen können, basierend auf der die vom Provisorischen Regierungsrat anerkannten Rechtmäßigkeit der *General Federation of Workers Unions* und ihrer Tätigkeit.

Große Besorgnis gibt es über Berichte von kriminellen Handlungen in Basra, die hunderte von Frauen das Leben kosteten. Das ZK hob hervor, dass diese brutalen Verbrechen einen neuen Höhepunkt von Verfolgungen und Repressionen gegen Frauen darstellen und ebenso ihr Leben wie auch ihre fundamentalsten Rechte bedrohen. Es betonte, dass es besonders wichtig sein, den Frauenfragen besondere Aufmerksamkeit entgegenzubringen.

Das ZK betonte auch die Notwendigkeit, Freiheiten zu respektieren und die Legitimität der Freiheit und Unabhängigkeit von Organisationen und Berufs-, sozialen und anderen Organisationen, damit sie ihre Aufgaben in der Wiederbelebung des öffentlichen Lebens zu erfüllen.

Diese Organisationen müssen bei ihren Aktivitäten nach den Prinzipien von Verantwortlichkeit und Transparenz handeln, damit klar ist, woher ihre finanziellen Mittel stammen und wozu sie verwendet werden.

In diesem Zusammenhang wiederholte die Versammlung die Forderung nach Abschaffung des Dekrets No. 8750, das die Gelder der oben genannten Organisationen einfrohr und forderte deren Unterstützung mit den notwendigen Mitteln, damit sie aktiv ihren Beitrag an der wachsenden Bewusstseinsbildung, Entwicklung, Demokratisierung und Respekt vor staatlichen Einrichtungen und vor dem Gesetz leisten können.

Verpflichtungen gegenüber zwangsumgesiedelten BürgerInnen und gegenüber MigrantInnen

Die Regierung und die verantwortlichen Stellen tun zu wenig für die Menschen, die im Land zwangsumgesiedelt wurden, verglichen mit ihren dringendsten Bedürfnissen. Besorgniserregend ist auch, dass sich einige Provinzen weigern, den Vertriebenen zu gestatten, sich innerhalb ihrer Verwaltungsgrenzen anzusiedeln.

Das ZK rief dazu auf, den Vertriebenen jede mögliche Hilfe zu leisten und ausreichende Mittel zu Verfügung zu stellen, bis die Voraussetzungen für ihre Rückkehr erfüllt sind.

Ebenso solle man sich um die IrakerInnen kümmern, die ihr Land verlassen mussten, wichtig sei eine Koordination mit den Gastländern und wichtigen internationalen Einrichtungen, um ihre Rechte und ihre Würde zu schützen.

Ausländische Sicherheitsfirmen

Ein weiteres Thema der Konferenz waren die wachsenden Verbrechen und Gewalttaten, begangen von ausländischen Sicherheitsfirmen und ihr schamloses Benehmen gegenüber dem Leben und der Sicherheit irakischer BürgerInnen. Sie verurteilte vor allem das Blutbad, das Mitarbeiter der Blackwater Company auf dem AL-Nusour Square in Bagdad anrichteten und bei dem viele unschuldiger Zivilisten starben.

Die Versammlung forderte, die Verantwortlichen vor irakischen Gerichten zur Rechenschaft zu ziehen und gesetzliche Grundlagen zu schaffen, um die Arbeit solcher Organisationen zu überwachen. Vor allem forderte sie, die diesen Gesellschaften zugesicherte Immunität aufzuheben, damit sie unter die irakische Gerichtsbarkeit fallen, und denen die Lizenzen zu entziehen, die Verbrechen begehen.

Die Stellung von Kirkuk

In Hinblick auf die Frage von Kirkuk und den Ausschuss für die Durchsetzung des Artikels 140 der Verfassung, der nach einer Neustrukturierung und der Ernennung eines neuen Vorsitzenden ihre Arbeit als Exekutivkomitee wieder aufnahm, betonte das ZK die Notwendigkeit und Wichtigkeit der Arbeit dieser Kommission, die in Übereinstimmung mit Art. 140 arbeitet und dies in einer sehr professionellen und transparenten Art und Weise tut, die die Rechte und Interessen aller Menschen in der Region berücksichtigt.

Die Entwicklung in Kurdistan

Das ZK diskutierte die Entwicklungen in der Region Kurdistan.

Die politische Situation in der Region entwickelt sich im Klima eines kurdischen nationalen Konsens, der mit der politischen Normalisierung zwischen der *Kurdistan Democratic Party* (KDP) und der *Patriotic Union of Kurdistan* (PUK) begonnen hatte. Dieser Prozess führte zur Vereinigung der beiden regionalen Verwaltungen, der Wiederein-

berufung des *Kurdistan National Council*, der Bildung einer regionalen Regierung durch Konsens und der Teilung der Präsidentenämter.

Die Versammlung diskutierte auch die Erfordernisse, die sich aus der derzeitigen Situation ergeben und der Notwendigkeit einer aufrichtigen gemeinsamen Haltung aller politischen Kräfte in Kurdistan. Alle Beteiligten müssen auf der Grundlage einer gemeinsamen Teilnahme an der Macht ihren Teil dazu beitragen, Missstände und negative Entwicklungen aufzudecken und sie im Interesse aller durch ein gemeinschaftliches nationales Programm zu überwinden.

Hinsichtlich der Bildung des Obersten Rats der kurdischen Parteien betrachtete die Versammlung dies als einen positiven Schritt der Annäherung und Zusammenarbeit, um übereinstimmende Positionen über politische Abläufe und Entwicklungen in der Region und im gesamten Irak zu erreichen.

Auf der anderen Seite haben die VertreterInnen der Kommunistischen Partei Kurdistan im Regionalparlament, im Ministerrat und in den regionalen Parlamenten sich bemüht, die Interessen der Massen zu verteidigen und die Werte des sozialen Fortschritts in allen Aspekten des öffentlichen Lebens zu festigen.

Das strategische Abkommen zwischen PUK und KDP wird von der Kommunistischen Partei Kurdistan positiv eingeschätzt und berechtigt zu der Hoffnung, dass es in der Zukunft zu gemeinsamen Aktionen führen könnte, um so die anstehenden Probleme zu lösen und generell die Arbeit der Regierung zu verbessern.

Es sei wichtig und notwendig, die Arbeit des *Kurdistan National Council* voranzutreiben, ebenso wie die Arbeit der zivilgesellschaftlichen Organisationen, und die Aufmerksamkeit auf die Arbeiterklasse zu richten, um ihre Bedürfnisse zu erfüllen und die Bedingungen für menschenwürdige Lebensumstände zu schaffen. Dies betrifft die immer noch anstehenden großen Probleme der Verfügbarkeit von öffentlichen Leistungen, Benzin, Elektrizität und einigen anderen Dinge der Grundversorgung.

Schwierige Lebensbedingungen

Die Versammlung des ZK diskutierte die schwierigen Lebensbedingungen der irakischen Bevölkerung und stellte fest, dass die Versorgung sich noch immer kaum verbessert hat.

An der Knappheit von Ölprodukten auf dem Markt, ihren hohen Preisen und der Unfähigkeit der Regierung, ihre Verteilung und Lieferung an die Bevölkerung zu organisieren, hat sich nichts geändert. All das trägt zu den schweren Lebensumständen der Bevölkerung bei und verringert noch die schmalen Einkünfte vieler Menschen.

Die Krise der Energie- und Wasserversorgung dauert ebenfalls weiter an, verschlechtert die Lebensumstände und hat einen negativen Einfluss auf andere wirtschaftliche Kernbereiche, Produktionsprozesse und Dienste. Zur Überwindung der Energiekrise muss mehr Energie produziert werden, das erfordert die Sanierung bestehender Kraftwerke und den Bau neuer Anlagen und Starkstromleitungen sowie den Einstieg in erneuerbare Energie. Doch die Durchführung dieses Programms wird behindert durch die mangelhafte Arbeit der Sicherheitsdienste, Korruption in Verwaltung und im Finanzbereich und Bürokratismus.

Ein weiteres Thema war die Inflationsrate von 30% im Jahr. Die Folgen sind allgemein sinkende Kaufkraft und eine Reduzierung des Lebensstandards vor allem bei Geringverdienern und anderen breiten Bevölkerungsschichten. Andererseits gibt es aktuelle Hinweise für einen tendenziellen Rückgang der Inflation. Offizielle Stellen machen den hohen Wert des Dinars gegenüber dem Dollar dafür verantwortlich. Aber die Politik der Wertsteigerung des Dinar, die die Zentralbank betreibt, hat – nach Meinung vieler Experten – nur einen begrenzten Einfluss auf die Preise. Sie schafft keine Bedingungen, die zu privaten Investitionen und wirtschaftlichem Engagement, speziell in der Industrie, anreizen.

Vor dieser Kulisse wirtschaftlicher Schwierigkeiten, vor allem für die ArbeiterInnen, ist es wichtig, das System der Rationen beizubehalten, ihren Inhalt zu verbessern und eine gerechte Verteilung abzusichern.

Die wirtschaftlichen Projekte der Regierung

Die Versammlung stellte fest, dass die Regierung in den letzten Monaten einige Programme und Projekte verabschiedete, die die Wirtschaft ankurbeln und einige der wichtigsten Bedürfnisse der Bevölkerung sollen. Dazu gehören der *National Housing Plan*, die Entscheidung, die Hypothekenzinsen auf 2% zu senken und das Programm,

kleinen Unternehmen Kredite zu günstigen Konditionen bereitzustellen, um kleine Handwerker und Unternehmer zu unterstützen und die Arbeitslosigkeit zu reduzieren.

Bis jetzt wurden für diese Projekte für die Provinzen 150 Millionen US\$ bereitgestellt.

Andererseits erbrachte die Ausschreibung für Mobilfunklizenzen dem Staat Einkünfte, die die Erwartungen übertrafen. Der Prozess erfolgte professionell und in transparenter Weise. Eine ähnliche Ausführung ist notwendig für alle größeren Projekte und Verträge, um die besten Ergebnisse zu erzielen und Korruption zu verhindern.

Bei den staatlichen Investitionsprogrammen und -projekten wurden im Vergleich zum Vorjahr einige Fortschritt erreicht, ebenso haben die Provinzen mittlerweile mehr Möglichkeiten, ihre jährlichen Einkünfte und damit ihre wirtschaftliche Entwicklung zu verbessern, aber dennoch sind die Projekte in den Schlüsselsektoren wie Öl und Elektrizität immer noch sehr wenig umfassend und liegen oft noch unter den notwendigen Anforderungen.

Diese Situation stärkte die Argumente derer, die für eine stärkere Einbeziehung des privaten Sektors eintreten. Aber dies steht im Widerspruch zur Realität, denn aus der Sicht privater Investoren sind die Risiken für Investitionen sehr hoch, so dass sie kaum bereit sind, Kapital in mittel- oder langfristige Projekte zu stecken. Dazu kommt das schwache finanzielle und technische Potential einheimischer privater Interessenten, die nirgendwo investieren können, wo hohe finanzielle, technische und administrative Anforderungen gestellt werden.

Grelle Ironie

Die Versammlung des ZK erklärte, es sei die grellste Ironie in der heutigen Wirtschaftspolitik, die angeblich die Marktwirtschaft und die Aktivitäten des privaten Sektors vorantreiben soll, dass ihre Maßnahmen in der Praxis dazu führen, dass der einheimische private Sektor, speziell seine industrielle Komponente, reduziert wird, weil keine Maßnahmen getroffen werden, um das nationale Produkt zu schützen, weil diesem Sektor nur wenig Unterstützung zuteil wird und kein Interesse an den Organisationen und Berufsverbänden besteht, die in diesem Bereich mitarbeiten.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig, die Vorhaben des Ministeriums für Industrie zu unterstützen, die zum Ziel haben, die Industriebetriebe wieder aufzubauen, die zum öffentlichen Sektor gehören, und seine Forderung, Kredite zu günstigen Konditionen bereitzustellen, zusätzlich zu dem, was sie an auswärtigen Subventionen erhalten, um ihren Wiederaufbau voranzutreiben.

Der Erfolg dieses Verfahrens wird die nationale Wirtschaft positiv beeinflussen, da er den Wert der einheimischen Produktion steigert, Arbeitsplätze schafft und die Produktionskapazität des Landes erhöht. Allerdings müssen zusätzlich Schutzmaßnahmen für die nationale Produktion geschaffen werden, vor allem in den landwirtschaftlichen und industriellen Sektoren.

Gesetzesentwürfe und Kontroversen

Die Versammlung befasste sich mit den wichtigen Gesetzesvorlagen, die dem Parlament in Kürze vorgelegt werden sollen, darunter für das Gesetz für Öl und Gas und das für Finanzressourcen, die beide für die nationale Wirtschaft und die Eigentums- und Verfügungsrechte an den Bodenschätzen des Landes von höchster Bedeutung sind. Diese beiden Gesetzesentwürfe bilden noch immer einen Streitpunkt zwischen den verschiedenen politischen Kräften, die in der Regierung Einfluss haben.

Die Kontroversen betreffen die Rechte der Provinzen, Verträge über die Förderung und Produktion abzuschließen sowie *Production Sharing*-Verträge, die der Gesetzesentwurf nicht eindeutig verbietet.

Das kurdische Regionalparlament hatte vor kurzem ein Gesetz für Öl und Gas verabschiedet und damit dem Irakischen Parlament vorgegriffen; die Regionalregierung unterzeichnete Ölverträge, deren Konformität mit dem Entwurf des Öl- und Gas- Gesetzes umstritten sind.

Zur Vorlage für das Gesetz über die Finanzressourcen wurden Vorbehalte aus verschiedenen Lagern geäußert, u.a. von Fachleuten des *International Monetary Fund* (IMF), da es Regelungen enthält, die einigen Grundsätzen des Staatshaushalts widersprechen.

Direkte nationale Investitionen

Nach Ansicht der IKP müssen die Gesetzesvorlagen grundsätzlich darauf basieren, dass in die Ölförderung direkte staatliche Investitionen geleistet werden müssen, und dass statt „Partnerschaftsverträgen“ nur Serviceverträge ab-

geschlossen werden.

Nach Expertenmeinungen benötigt der Irak keine Partnerschaftsverträge für Produktionsmengen unter 4 Millionen barrels pro Tag, da die Produktion derzeit weit unterhalb liegt. Partnerschaftsverträge sollen deshalb auf die neuen unentdeckten Ölfelder beschränkt werden, die an Orten liegen, wo die Förderung problematisch ist und Investitionsrisiken so groß werden können, dass sie die Kapazitäten der einheimischen Gesellschaften übersteigen, und sie sollen unter der Bedingung abgeschlossen werden, dass Verträge, die sich auf große Ölfelder beziehen, kontrolliert werden müssen, z.B. durch das Parlament.

Was die Möglichkeiten der Erforschung und Ausbeutung von Ölfeldern in den einzelnen Regionen und den Abschluss wichtiger Verträge betrifft, muss entsprechend der Logik rationalen Managements eine angemessene Teilnahme der regionalen Regierungen an der Verwaltung stattfinden.

Die Verhandlungen mit den internationalen Gesellschaften dürfen nicht aus einer Position der Schwäche oder Zersplitterung der irakischen Seite geführt werden.

Zur Verteilung der finanziellen Mittel des Landes betonte die Versammlung die Notwendigkeit, nach dem Prinzip eines einheitlichen Kalkulationssystems für alle Finanzressourcen zu handeln und die Verteilung nach zwei Kriterien durchzuführen: dem Anteil an der Gesamtbevölkerung und dem Grad der Zerstörung, den einige irakische Regionen durch die diskriminierenden Maßnahmen des diktatorischen Regimes erlitten haben.

Die Methoden müssen einerseits dem Grundsatz eines gemeinsamen Staatshaushalts entsprechen, andererseits der Verteilung der Macht zwischen dem Zentrum (der Bundesregierung) und den einzelnen Bundesländern, wie es der verfassungsmäßig festgelegten föderalen Struktur des Staates entspricht.

Außerdem gibt es eine Gesetzesvorlage für die Provinzen, die nicht zu den Bundesländern gehören. Wahlen für Provinzvertretungen sind für die Zeit nach der Verabschiedung des Gesetzes vorgesehen. Vorbehalte gegen diese Gesetzesvorlage lauten dahingehend, dass es den Provinzen fast absolute Macht gibt und die Rolle der Bundesregierung in Fragen der Aufsicht, Kontrolle, Ernennungen und Entlassungen schwächt. Seine Befürworter meinen jedoch, es sei konform mit den entsprechenden Artikeln der Verfassung.

Diese Unterschiede und gegensätzlichen Standpunkte haben politische, wirtschaftliche und technische Aspekte. So können die oben angesprochenen Gesetzesvorlagen nicht zu einer Verabschiedung im Parlament gebracht werden, bevor nicht ein politischer Konsens erreicht wurde.

Zudem gehören diese Entwürfe zu einer Reihe von Vorlagen, zu deren Verabschiedung die USA und ihre Verbündeten die Regierung drängen. Aber diese Vorlagen müssen erst dem Parlament vorgelegt werden, und ihre Verabschiedung ist davon abhängig, ob unter den größten Fraktionen Konsens erreicht wird oder nicht.

Die Versammlung des ZK betonte abschließend, dass es höchste Zeit sei, entsprechende politische Initiativen zu ergreifen, zu diesem Zweck alle Möglichkeiten und Wege bilateraler und multilateraler Dialoge zu ergreifen, verbunden mit einem umfassenden nationalen Dialog, was zu einem nationalen Konsens und einem wirklichen politischen Durchbruch führen soll.

Die gegenwärtige Situation im Land sollte ein Anstoß für die unterschiedlichen Blöcke, Parteien und Organisationen sein, über unwichtige Vorbehalte hinauszukommen und hart daran zu arbeiten, dass der jetzige Zustand des Landes überwunden wird, dass die politische Entwicklung in die richtigen Bahnen gelenkt und der Fortschritt stärker vorangetrieben wird.

Das wird dazu beitragen, die Grundlagen der Nationalität zu festigen, wirkliches demokratisches Handeln zu stärken, es wird die Bemühungen um nationale Versöhnung unterstützen und die Möglichkeiten des Landes, Terrorismus zu bekämpfen und Sicherheit und Stabilität zu erlangen, die Wiederherstellung der vollen nationalen Souveränität zu erreichen, auf der Grundlage von Gesetzen und in einem geeinten, föderalen und demokratischen Irak
